

COVID: Das BAG handelte nicht «unkonventionell», sondern dilettantisch

Die Aussagen von Frau Lévy in der NZZ vom 11. April dürfen nicht unwidersprochen bleiben: in der NZZ vom 11. April lässt sie sich wie folgt zitieren: «Wir mussten unkonventionell vorgehen, sonst wären noch mehr Leute gestorben». Diese Aussage ist im höchsten Masse unredlich und durch keine wissenschaftliche Basis abgestützt.



Die Fakten sehen so aus:

1. Die Erkenntnisse aus früheren Pandemien sowie die Pandemie-Notfallpläne des Bundes blieben unberücksichtigt. So wurden relevante Prinzipien ausser Acht gelassen, wonach man a) grundsätzlich nicht im Rahmen einer laufenden Pandemie impft und b) Gesunde nicht einsperrt, sondern Kranke und Risikogruppen schützt. Letzteres geschah nicht auf der Basis medizinischer Erkenntnisse, sondern vielmehr aus einem falsch verstandenen kollektivistischen Solidaritätsverständnis.
2. Der Wert der natürlich erworbenen Immunität gegenüber der Impfung wurde selbst dann noch heruntergespielt oder negiert, als bereits wissenschaftliche Evidenz vorlag, dass die Impfstoffe bestenfalls einen marginalen Effekt auf den Verlauf einer Infektion oder auf die Übertragbarkeit derselben haben.
3. Die Statistiken des Bundes sind weitgehend wertlos, da bei der Erhebung nicht unterschieden wurde, ob Personen mit oder durch COVID gestorben sind. Als immer mehr bereits Geimpfte an einer Reinfektion von COVID starben (wohl als Folge der durch die Impfstoffe hervorgerufenen Nebenwirkungen!), wurde die systematische statistische Erfassung eingestellt.
4. Die Diagnose einer COVID Infektion wurde auf einem für die Klinik nachweislich untauglichen PCR-Test abgestützt. So gab und gibt es in den Labors bis heute keine einheitlichen Standards, wonach zwischen Infektion und Inokulation (Verunreinigung) unterschieden werden könnte.
5. Die Maskenpflicht wird noch heute mit Vehemenz verteidigt, obschon noch immer keine wissenschaftliche Evidenz für diese Massnahme existiert.
6. Therapeutika, die nachweislich eine rasche Linderung oder gar eine Heilung bewirken können, wurden zugunsten der Impfstoffe systematisch abgeblockt.
7. Das Monitoring von schweren Nebenwirkungen der Impfung wurde seitens der Behörden systematisch torpediert. Das wahre Ausmass der gerade durch das Spike Protein verursachten Schäden zeichnet sich erst allmählich ab.
8. Die Behörden und gerade das BAG beanspruchten für sich im Rahmen einer unheiligen Allianz mit den Mainstream Medien die alleinige Deutungshoheit der wissenschaftlichen Daten und marginalisierten Andersdenkende systematisch. Dabei wurde geflissentlich übersehen, dass der wissenschaftliche Diskurs integraler Bestandteil des wissenschaftlichen Fortschritts ist.

9. Das Sahnehäubchen der Inkompetenz war der Umstand, dass das BAG Direktiven der WHO unkritisch übernahm und sich bei Bedarf hinter der WHO versteckte, um Massnahmen zu verteidigen.

Interessantes fördert zudem der [Vertrag](#) zwischen den USA und einem Labor in Kiew über COVID Forschung zutage: Pikanterweise wird der Begriff COVID-19 verwendet, obschon die WHO erst drei Monate später das Virus als COVID-19 Virus benannte! Offensichtlich war Moderna mitinvolviert und forschte an einer mRNA-Impfung gegen COVID, obschon es das Virus angeblich erst 2020 in Wuhan gab.

Interessanterweise ist Ralph Baric ebenfalls involviert: er, der in den USA das Spike-Protein auf das SARS-Virus



montierte und daraus COVID-19 machte, u.a. mit Beteiligung von Lanzavecchia, einem Italiener aus Verona, der ein COVID-Labor im Tessin betrieb. Brisanterweise figuriert Lanzavecchia als Co-Autor auf wissenschaftlichen Arbeiten von Ralph Baric, sodass man sich fragen muss, wie eng die Bande zwischen der Firma im Tessin und Ralph Baric ist. Hier wäre auch von grossem öffentlichem Interesse, zu wissen, ob und was die Schweizer Behörden von den Arbeiten auf Schweizer Boden wussten und insbesondere auf welcher Basis eine Bewilligung zum Betrieb des Labors erteilt wurde.

Es ist höchste Zeit, die Inkompetenz und Machenschaften unserer Behörden zu untersuchen und die Lehren daraus für die Zukunft zu ziehen. Hier sind die Politiker gefragt.